

## „DIESES BETHLEHEM UNTER DEN UNIVERSITÄTEN ...“

### JOHANN GUSTAV DROYSENS BERUFUNG NACH JENA 1851

*Stefan Gerber*

Wer heute in Jena Geschichte studieren will und zu dem Faltblatt greift, mit dem die thüringische Universität für ihren Masterstudiengang Neuere Geschichte wirbt, begegnet Johann Gustav Droysen.<sup>1</sup> Zitiert mit seinen berühmten Wort über die „gewisse Art“ das in der „sittlichen Welt“ Geschehene „nachmals zu betrachten“, die erst „aus Geschäften Geschichte“ mache<sup>2</sup>, und bildlich präsentiert mit der – zumindest für deutsche Historiker – nicht minder bekannten, um 1880 entstandenen Porträtfotografie<sup>3</sup>, dient er der Universität, die zwischen 1851 und 1859 seine akademische Wirkungsstätte war, einmal mehr als Aushängeschild und Werbemittel. Das war in der ersten Hälfte der 1850er Jahre nicht anders und schon damals nach außen wie nach innen gerichtet: Nach außen, um Jena als Versammlungsort nationalliberaler Wissenschaft in einer Zeit der Reaktion zu profilieren, nach innen, um sich selbst und die Erhalterstaaten der Universität der Bedeutung zu versichern, welche die „Salana“ trotz ihres bescheidenen Zuschnitts unter den deutschen Universitäten behaupten könne. Die Jenaer Droysen-Memoria verweist darauf, dass die heute angestrengt betriebene Suche nach „Alleinstellungsmerkmalen“ für kleinere und mittlere Universitäten kein Spezifikum des frühen 21. Jahrhunderts ist: Auch im 19. Jahrhundert setzte die Institution Universität einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Energien an den Versuch, „Strukturierung von Eigengeschichten“<sup>4</sup> und universitäre Gegenwart zu einem

- 1 Vgl. Jena-Paradies – Unwiderstehlich. Masterstudiengang Neuere Geschichte. Hrsg. von der Zentralen Studienberatung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 2008.
- 2 „Die sittliche Welt ist je in ihrer rastlos bewegten Gegenwart ein endloses Durcheinander von Geschäften, Zuständen, Interessen, Konflikten, Leidenschaften usw. Sie kann nach vielerlei Gesichtspunkten, technischen, rechtlichen, religiösen, politischen usw., betrachtet und wissenschaftlich behandelt werden. Was in ihr täglich geschieht, wird von keinem Verständigen als Geschichte getan oder gewollt. Erst eine gewisse Art, das Geschehene nachmals zu betrachten, macht aus Geschäften Geschichte.“ Vgl. Johann Gustav Droysen, Historik. Rekonstruktion der ersten vollständigen Fassung der Vorlesungen (1857). Grundriß der Historik in der ersten handschriftlichen (1857/58) und in der letzten gedruckten Fassung (1882). Textausgabe von Peter Leyh. Stuttgart 1977, S. 435.
- 3 Veröffentlicht z. B. in Alfred Gudemann; Imagines Philologorum. 160 Bildnisse aus der Zeit von der Renaissance bis zur Gegenwart. Leipzig/Berlin 1911, S. 26.
- 4 Zu diesem Begriff vgl. Winfried Müller, Das historische Jubiläum. Zur Geschichtlichkeit einer Zeitkonstruktion, in: ders., Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus. Münster 2004, S. 1–75, hier S. 19.

Bild zu verschmelzen, das aktuellen Erwartungen und Zielsetzungen zu entsprechen schien – an den Versuch, sich immer wieder neu zu „erfinden“. Dabei meint „Erfindung“ auch für die Traditionsbilder der Universitäten nicht Synthetisieren im leeren Raum, nicht das willkürliche Servieren auf einer ereignis-, mentalitäts- und sozialgeschichtlichen tabula rasa, sondern „Inszenierung“ als „Erscheinenlassen“: Einen Darstellungszusammenhang also, der „absichtsvoll eingeleitete oder ausgeführte sinnliche Prozesse“ umgreift, „die vor einem Publikum dargeboten werden“, „sich nur vor dem Hintergrund *nicht inszenierter* räumlicher und zeitlicher Verhältnisse abspielen“ und nur dann stattfinden können, wenn sie „Prozesse zur Erscheinung“ bringen, „die nicht ohnehin schon – oder *so* noch nicht – gegeben sind.“<sup>5</sup> Ein solches „Erscheinenlassen“ ist Konstruktion mit den Bausteinen gedeuteter Vergangenheit und Gegenwart, die einem mimetischen Anspruch genügen muss und will – Konstruktion mithin „im historischen Zwangsgehäuse, keine ‚Erfindung‘, die sich Menschen ausdenken, in die Welt setzen und ebenso leicht wieder davon lösen könnten“.<sup>6</sup> So ist auch der Bezug auf Johann Gustav Droysen auf dem Jenaer Werbeblatt des Jahres 2008 als Teil jener „permanenten Erfindung einer Tradition“<sup>7</sup>, mit der Universitäten ihren Platz im fortgesetzten Wandel zu definieren und zu behaupten suchen, trotz der im Vergleich zu seiner akademischen Endstation Berlin nur wenigen Jenaer Jahre Droysens, kein überspannter Werbegag in den Zeiten des Bologna-Prozesses, dem es von geschichtswissenschaftlicher Seite mit pseudokritischer Verve zu Leibe zu rücken gälte. Jena *war* für Droysen an einem konkreten Punkt, in einer konkreten Situation seines wissenschaftlichen und privaten Lebensweges ein bedeutsamer Punkt – und dies in seiner Konkretion wie in seiner Relativität aufzuzeigen, muss sich der Wissenschaftshistoriker zum Ziel setzen, wenn er die Umstände der Berufung Droysens an die thüringische Universität im Jahre 1851 unter die Lupe nimmt. Das „richtige“ – will heißen: zugleich distanzierte wie im historischen

- 5 Vgl. Martin Seel, Inszenieren als Erscheinenlassen. Thesen über die Reichweite eines Begriffs, in: Josef Früchtl/Jörg Zimmermann (Hrsg.), *Ästhetik der Inszenierung. Dimensionen eines künstlerischen, kulturellen und gesellschaftlichen Phänomens*. Frankfurt am Main 2001, S. 48–62, hier S. 51 f.
- 6 Dieter Langewiesche, Was heißt ‚Erfindung der Nation‘? Nationalgeschichte als Artefakt – oder Geschichtsdeutung als Machtkampf, in: *HZ* 277, 2003, S. 593–617. Hier setzt Langewiesche sich mit diesem in Geschichts- und Sozialwissenschaften „liebgewordenen“ Missverständnis am Beispiel von Benedict Andersons „Imagined Communities“ auseinander. Vgl. auch ders., Über das Umschreiben der Geschichte. Zur Rolle der Sozialgeschichte, in: Jürgen Osterhammel/Dieter Langewiesche/Paul Nolte (Hrsg.), *Wege der Gesellschaftsgeschichte*. Göttingen 2006, S. 67–80, hier besonders S. 75.
- 7 Mit dieser Chiffre operiert Sylvia Paletschek, *Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*. Stuttgart 2001, besonders S. 534–536.

Sinne „verstehende“ – Verhältnis zu den Traditionsstiftungsversuchen und „Erfindungen“ der Gegenwart ergibt sich dann ganz „von selbst“.<sup>8</sup>

Warum kam Droysen 1851 nach Jena und was hielt ihn bis 1859 an der Saale? Nachdem er zum Wintersemester 1851/52 seine Lehrtätigkeit an der „ernestischen Gesamtuniversität“ begonnen hatte, waren von ihm zunächst vor allem Klagen über Isolationsgefühle und die starke Empfindung des Provinziellen zu hören. An Karl Francke, Droysen aus Schleswig-Holstein bekannt und vom Coburger Herzog Ernst II. ähnlich wie Karl Samwer nach der dänischen Wiederinbesitznahme der Herzogtümer in coburg-gothaische Staatsdienste geholt, klagte Droysen 1852: „In diesem verwünschten Nest Jena hört und sieht man nichts“, sprach von seiner Universitätsstadt selbst im Vergleich zu der kleinen Residenz Gotha als einem „langweiligen Nest“ und definierte schließlich „Paupertät“ als „das eigentliche Symbolum des hiesigen Wesens. Mangel an Büchern, an Hilfsmitteln, an Geselligkeit.“<sup>9</sup> Und auch als Droysen Jena im Herbst 1859 in Richtung Berlin wieder verließ, hatte sich an dieser grundsätzlichen Einschätzung nichts geändert. Froh sei er, so Droysen im August 1859 kurz vor der Übersiedlung in die preußische Hauptstadt, „aus diesem kleinlich engherzigen Wesen, von diesem Isolierschemel Jena hinwegzukommen, so viel Gutes und Schönes hier anzuerkennen ist“.<sup>10</sup>

Zweifellos ist die politische Situation in den Elbherzogtümern nach 1848/49 als der entscheidende Grund dafür anzusehen, dass der in Kiel lehrende Droysen trotz dieser Skepsis 1851 den Jenaer Ruf annahm. Wie aber passt sich die Berufung Droysens in die Jenaer Universitätspolitik der frühen 1850er Jahre, in die weitgreifenden politischen Konzeptionen des sachsen-weimarischen Großherzogtums und der drei übrigen universitätserhaltenden sächsischen Herzogtümer in der unmittelbaren nachrevolutionären Orientierungsphase in Deutschland ein? In welchem Maße machte sich der Jenaer Professor Droysen aufgrund dieses universitäts- und staatspolitischen aber auch konkret personellen Umfeldes seiner Installation in Jena selbst diese politischen Zielsetzungen zu eigen und ließ sich in kleinstaatliche Politikkonzeptionen zu Beginn der Reaktionsepoche einbeziehen? Diesen Fragen, die die Berufung weniger aus der Perspektive Droysens als aus der seiner neuen Dienstherrn in Weimar und Jena zu erfassen suchen, werden die folgenden Anmerkungen in drei Schritten nachgehen. Im ersten Schritt soll eine Skizze der institutionellen Voraussetzungen der Berufung Droysens, der Verfassungswirklichkeit der Großherzoglich und Herzoglich Sächsischen Gesamtuniversität in der Mitte des 19. Jahrhunderts entworfen werden. Im Mittelpunkt steht

8 So entspannt und zugleich analytisch zum Problem universitärer Selbstbetrachtung schon vor 25 Jahren Notker Hammerstein, Jubiläumsschrift und Alltagsarbeit. Tendenzen bildungsgeschichtlicher Literatur, in: HZ 236, 1983, S. 601–633, hier S. 603–606.

9 In der Reihenfolge der Zitate: Brief an Karl Francke, Jena, 9. Januar 1852, in: Johann Gustav Droysen. Briefwechsel. Hrsg. von Rudolf Hübner. 2. Bd.: 1851–1884. Leipzig/Berlin 1929, S. 36–38, hier S. 37; Brief an Karl Francke, Jena 15. Januar 1852, in: ebd., S. 40 f., hier S. 40; Brief an Karl Francke, Jena, 5. November 1852, in: ebd., S. 134 f., hier S. 135.

10 Brief an Karl Francke, Jena, 10. März 1858, in: ebd., S. 533 f.

dabei die Frage, wie sich das konkrete Geflecht von Einflussmöglichkeiten und Interessenlagen gestaltete, das im Jena der 1850er Jahre das Agieren und die Ergebnisse im Kernbereich von Universitäts- und Bildungspolitik bestimmte, galt doch, wie Rudolf Stichweh es einmal verknüpft auf den Punkt gebracht hat, dass im 19. und frühen 20. Jahrhundert „Wissenschaftspolitik im Kern Berufungspolitik“ war.<sup>11</sup> An zweiter Stelle gilt es zu vermessen, was es um 1850 mit dem zeitgenössisch viel bemühten Topos der Jenaischen „Liberalität“ auf sich hat. Die Frage, was die entscheidenden Akteure der Jenaer Universitätspolitik nach der Revolution von 1848/49 meinten, wenn sie den Begriff des „Liberalen“ in den Mund nahmen, nach der politischen Semantik der vielfältigen Jenaer und Weimarer Bezugnahmen auf die Freiheit und Liberalität des Jenaer Universitätsregiments schafft die Voraussetzungen für den dritten Schritt, der sich der Frage zuwendet, wie in diesen Kontexten der Vorgang der Droysenschen Berufung darzustellen und zu bewerten ist.

### **1. DER INSTITUTIONELLE RAHMEN VON PROFESSORENBERUFUNGEN IM JENA DES 19. JAHRHUNDERTS**

Die gesetzlichen Grundlagen einer Professorenberufung als stets spannungsreiches Zusammenwirken von Universität und Staat unterschieden sich im Jena der 1850er Jahre kaum von denen anderer deutscher Universitäten und beschreiben, wie auch der Fall Droysens zeigen wird, allenfalls die formale Gestalt des Vorgangs. Die Bestimmungen des Jenaer Universitätsstatutes von 1821 sicherten der betroffenen Fakultät die Mitwirkung an jeder Neuberufung zu, machten aber zugleich deutlich, dass die Regierungen sich in keiner Weise an die gutachterlichen Vorschläge der Universität gebunden sahen – die „Wahl“ und „wirkliche Besetzung“, wie es im Statut heißt, sollte durch die „Durchlauchtigsten Erhalter“ geschehen.<sup>12</sup> Nach der auch Anfang der 1850er Jahre noch gültigen Fassung des Universitätsstatuts von 1829 sollte nach dem „Abgang“ eines ordentlichen Professors durch Wegberufung oder Tod innerhalb von drei Wochen die Fakultätsberatung über die Nachfolge stattfinden, in deren Ergebnis ein Denominationsgutachten, d. h. eine begründete Liste von in der Regel drei oder auch mehr Berufungskandidaten zu präsentieren war. Nach der Besprechung im Senat sollte das Gutachten zur Entscheidung an die Regierungen weitergeleitet werden.<sup>13</sup>

Dieser Punkt des Verfahrens bildete die entscheidende Eingriffsstelle des Kurators.<sup>14</sup> Das Amt – in Jena nach den Karlsbader Beschlüssen 1819 erstmals

11 Rudolf Stichweh, Differenzierung von Wissenschaft und Politik. Wissenschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert, in: ders., Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen. Frankfurt am Main. 1994, S. 156–173, hier S. 157.

12 Haupt-Statut der Universität Jena [Jena 1821], S. 14 f.

13 Vgl. Statut der Universität Jena. Dienstexemplar. [Jena] 1829, S. 20 f.

14 Zur Jenaer Kuratel insgesamt und zu Moritz Seebeck vgl. Stefan Gerber, Universitätsverwaltung und Wissenschaftsorganisation im 19. Jahrhundert. Der Jenaer Pädagoge und Universi-

geschaffen, seit 1843 unbesetzt, 1848 aufgehoben und 1851 erneuert – bekleidete in Jena zwischen 1851 und 1877, also über mehr als 25 Jahre der Diplomat und Altphilologe Moritz Seebeck. Von ihrer rechtlichen Konstruktion her war die Kuratel seit 1851, als sie ihrer politischen Überwachungsfunktionen weitgehend entkleidet wurde, als Vermittlungs- und Ausgleichsinstanz zwischen der Universität und ihren vier Erhalterstaaten entworfen. Seebeck gestaltete sein Amt auf dieser Grundlage zu einer zentralen Instanz Jenaer Universitätspolitik, die in der kleinstaatlichen Universitäts- und Wissenschaftspolitik seit den 1850er Jahren die Gewichte zunehmend zugunsten der Kuratel als eines Entscheidungszentrums verschob und auch die Verfassungswirklichkeit der Jenaer Universität prägte – es überzeichnet die Verhältnisse in der Universitätsverwaltung des kleinstaatlichen Thüringen zwischen 1851 und 1877 nicht, in Anlehnung an Bernhard vom Brocke Kennzeichnung der Tätigkeit Friedrich Althoffs in Preußen am Ende des 19. Jahrhunderts vom „System Seebeck“ zu sprechen.<sup>15</sup> Der Jenaer Orientalist Johann Gustav Stickel notierte 1877 beim Tode Seebecks über den Kurator:

„Die ganze Leitung der Universität wurde bürokratisch; als Korporation verblieb ihr nur ein äußerer Schein von Einfluß; Seebeck war Autokrat bis in die kleinsten Dinge. [...] Es war ein ganz persönliches Regiment; die Kuratel hat Gewalt des Senats und Prorektors absorbiert.“<sup>16</sup>

Welche Faktoren ermöglichten es dem Kurator, vom Vermittler zum Gestalter kleinstaatlicher Universitätspolitik in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu werden? Grundlegend war die Tatsache der gemeinsamen Unterhaltung und Verwaltung der Jenaer Hochschule durch die vier ernestinischen Staaten Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Coburg und Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg, die ein durchaus unterschiedliches Interesse an der Universität und eine daher mehr oder weniger stark ausgeprägte Bereitschaft zu ihrer Finanzierung zeigten. Die eifersüchtig gewährten Administrationsrechte der vier Regierungen gestalteten Entscheidungsprozesse oft langwierig und ließen nicht selten ein Entscheidungsvakuum entstehen, in das der Kurator – vor Ort und unmittelbar im Bilde

tätskurator Moritz Seebeck. Köln/Weimar/Wien 2004. Auch: Max Vollert, Geschichte der Kuratel der Universität Jena. Nach den Kuratelakten bearbeitet, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde 31, 1918, S. 1–54; Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde 32, 1920, S. 1–53, 175–226; Katja Deinhardt, Die Auswirkungen der Karlsbader Beschlüsse auf die Universität Jena unter der Kuratel von Philipp Wilhelm von Motz 1819–1829. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Jena 2001.

15 Vgl. Stefan Gerber, Das „System Seebeck“. Die Amtstätigkeit des Kurators Moritz Seebeck 1851–1877, in: Matthias Steinbach/Stefan Gerber (Hrsg.), „Klassische Universität“ und „akademische Provinz“. Studien zur Universität Jena von der Mitte des 19. bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, Jena/Quedlinburg 2005, S. 33–58. Zu Althoff vgl. v. a. Bernhard vom Brocke, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im deutschen Kaiserreich 1882–1907: das „System Althoff“, in: Peter Baumgart (Hrsg.), Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs. Stuttgart 1980, S. 9–118.

16 Tagebucheintragung von Johann Gustav Stickel, 31. August 1877. Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Abteilung Handschriften und Sondersammlungen, Nachlass Stickel 2, 7, 425v.

über die Situation in Universität *und* Regierungen – vorstoßen konnte.<sup>17</sup> Daneben war es vor allem die persönliche Vertrauensstellung Seebecks an allen vier Höfen, die seine Rolle als Jenaer „Königs-“ oder präziser „Professorenmacher“ ermöglichte. Denn Entscheidungen wurden in der schmalen kleinstaatlichen face-to-face-Verwaltung von einem begrenzten, in unmittelbarer persönlicher Berührung stehenden Personenkreis getroffen.

Seebeck war zwischen 1835 und 1845 Erzieher des Erbprinzen, späteren Herzogs Georg II. von Sachsen-Meiningen, von 1848 bis 1850 Bevollmächtigter aller thüringischen Regierungen bei der Provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt und danach dem Verwaltungsrat der Union in Berlin gewesen. Als Schüler August Boeckhs aus dem preußischen Gymnasialwesen und der Kultusverwaltung kommend hatte er in den dreißiger Jahren in Sachsen-Meiningen eine Gymnasialreform nach preußischem Vorbild ins Werk gesetzt und war 1848 in Frankfurt als entschiedener Streiter gegen die Mediatisierung seiner thüringischen Auftraggeber aktiv gewesen.<sup>18</sup> Geprägt von einem preußischen Staatskonservativismus, der ihn noch in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts zum entschiedenen Gegner einer Konstitutionalisierung Preußens gemacht hatte, hatte sich Seebeck – und damit ist ein entscheidender Punkt unseres Gesamtzusammenhanges berührt – unter dem für ihn traumatischen Eindruck der 1848er Revolution dem gemäßigten, konstitutionellen Liberalismus angenähert. Ein Bündnis aller, wie er oft formulierte „Gut“- oder „Edelgesinnten“<sup>19</sup> auch zum Preis einer Verfassung, die er noch 1830/31 und lange vor dem berühmten Wort Friedrich Wilhelm IV. als überflüssigen „papiernen Contract“ zwischen Fürst und Volk abgelehnt hatte<sup>20</sup>, schien Seebeck, der, wie er an Erbprinz Georg von Meiningen schrieb, sich weiterhin, „rühmte“ „zu den Conservativen zu zählen“, nun unabdingbar.<sup>21</sup> „Die sociale Revolution“, so schrieb er im August 1848 in kennzeichnender Weise,

17 Zur Jenaer Nutritorenverwaltung im 19. Jahrhundert vgl. Stefan Gerber, Die Universität Jena 1850–1918, in: Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995. Köln/Weimar/Wien 2009, S. 23–269, hier S. 47–50.

18 Zu diesen Lebensabschnitten vgl. ausführlich Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 83–201.

19 Vgl. z. B. Brief von Moritz Seebeck an Friedrich Karl Anton von Werthern, Frankfurt, 7. September 1848. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, GA IX G 18, 6r–7r, hier 7r. Zur politischen Semantik und Verwendung dieser Bezeichnungen bei Seebeck vgl. Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 166 (Anm. 101).

20 Vgl. Moritz Seebeck, Gesinnung eines preußischen Landwehrmannes. Ausgesprochen in drei Briefen. Berlin/Stettin/Elbing 1831, S. 26. Zum Gesamtzusammenhang vgl. Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 140–146.

21 Brief von Moritz Seebeck an Erbprinz Georg von Sachsen-Meiningen, Hildburghausen, 5. Dezember 1847. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Hausarchiv Nr. 1438, 5r–10r, hier 9v. Zur politischen Positionierung Seebecks vgl. Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 139–153.

„die in Frankreich eine Niederlage erlitten hat, aber nicht überwunden ist, drängt bei uns von unten kräftig an. [...] Sie erwartet das Mißlingen unserer *politischen* Revolution und bereitet sich inzwischen vor, mit raschem und sicherem Griff das Heft zu fassen, sobald es der Hand entfällt, die es jetzt hält.“<sup>22</sup>

Diese pragmatische Haltung, die wohl mit den Grundgedanken des „konstitutionellen Konservatismus“ eines Friedrich Julius Stahl umschrieben werden kann<sup>23</sup>, brachte Seebeck in seiner Frankfurter Zeit neben seinen gleichsam „natürlichen“ Verbindungen zur konservativen Cafe-Milani-Fraktion, besonders dem bayerischen Abgeordneten Hermann von Rotenhan<sup>24</sup>, in enge Berührung mit führenden Männern des Casino wie Gagern, Eduard Simson oder dem von Seebeck außerordentlich geschätzten Karl Mathy. Rudolf Haym hielt Seebeck in seinen Erinnerungen an die Paulskirche gar für „einen Extranee unserer Partei“, der, wäre er Abgeordneter und nicht Diplomat gewesen, „ohne Zweifel seinen Platz da genommen haben würde, wo die Dahlmann, Gagern und Beseler saßen“.<sup>25</sup>

Hier lernte Seebeck auch Johann Gustav Droysen kennen, mit dem er seither in Verbindung blieb. Intensiv war der Kontakt zwischen Droysen und dem als thüringisch-anhaltischer Bevollmächtigter bei der Union fungierenden Seebeck nach der Frankfurter Zeit vor allem während der Phase der preußischen Unionspolitik und des Erfurter Unionsparlamentes – im August 1850 bezeichnete Droysen bei seinen Bemühungen, an der Organisation einer festeren nationalliberal-klein-deutschen Parteiorganisation mitzuwirken, Seebeck gegenüber Rudolf Haym als eine der „Personen unseres Kreises“.<sup>26</sup> Zwischen 1848 und 1850 formte sich bei Seebeck das politische Konzept heraus, das er ab 1851 vor allem im Zusammenspiel mit dem weimarischen Staatsminister der Jahre 1849 bis 1870 Bernhard von Watzdorf<sup>27</sup> und mit Gottfried Theodor Stichling<sup>28</sup>, Mitarbeiter Watzdorfs und

- 22 Brief von Moritz Seebeck an Herzog Bernhard II. Erich Freund von Sachsen-Meiningen, Frankfurt, 13. August 1848. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen GA IX E 37, hier 22v–23r.
- 23 Vgl. zu Stahls Vorstellungen u. a. Hans Boldt, *Deutsche Staatsrechtslehre im Vormärz*. Düsseldorf 1975, S. 196–215; Christian Wiegand, *Über Friedrich Julius Stahl. Recht – Staat – Kirche*. Paderborn 1981.
- 24 Vgl. Gerber, *Universitätsverwaltung* (wie Anm. 14), S. 163, 169–171.
- 25 Rudolf Haym, *Die Nationalversammlung von der Kaiserwahl bis zu ihrem Untergange*. Ein Schlußbericht. Berlin 1850, S. 46 f. Zu den Frankfurter Kontakten Seebecks insgesamt Gerber, *Universitätsverwaltung* (wie Anm. 14), S. 153–179.
- 26 Brief von Johann Gustav Droysen an Rudolf Haym, Kiel, 11. August 1850, in: Johann Gustav Droysen. *Briefwechsel*. Hrsg. von Rudolf Hübner. 1. Bd.: 1829–1851. Leipzig/Berlin 1929, S. 659 f., hier S. 659. Vgl. auch den Brief von Johann Gustav Droysen an Wilhelm Beseler, Erfurt, 20. März 1850, in: ebd., S. 621 f., hier S. 622.
- 27 Zu grundlegenden Informationen zu Watzdorf noch immer Art. Christian Bernhard von Watzdorf, in: *Allgemeine Deutsche Biographie*. Auf Veranlassung Seiner Majestät des Königs von Bayern herausgegeben durch die historische Commission bei der Königl. Akademie der Wissenschaften. 41. Bd. Leipzig 1896, S. 258–270.

ab 1867 Chef des weimarischen Kultusdepartements zur Grundlage der Universitätspolitik machte. Mit Watzdorf, den Seebeck ebenfalls aus Frankfurt kannte, verband den Kurator die Überzeugung, dass ausgeprägte Reaktionsmaßnahmen nach der Revolution das falsche politische Konzept seien und ein flexibles Zusammenwirken mit gemäßigt-liberalen Kräften auch für den weimarischen Kleinstaat lebensnotwendig sei. Schon im Sommer 1850 hatte Seebeck noch in Frankfurt in einem Brief an Watzdorf ihre gemeinsame Überzeugung formuliert, dass mit „Reactionsversuchen die Schäden unserer Zeit nicht zu heilen“ seien, „dieselben vielmehr sich bald als unausführbar erweisen und nur neues unheilvollstes Wehe über unser Vaterland bringen würden“.<sup>29</sup>

Diese Einsicht, auf die beim Blick auf die „Jenaische Liberalität“ zurückzukommen sein wird, war die Grundlage der inneren und äußeren Politik Sachsen-Weimar-Eisenachs in den 1850er Jahren, in die sich die Seebecksche Universitätspolitik und die Berufung Droysens einordnen. Diese Einsicht auch machte das Großherzogtum, jenseits aller Selbststilisierungen und späteren historiographischen Idealisierungen, wie Christian Jansen in seiner Studie über die Paulskirchenlinke in der nachrevolutionären Epoche herausgearbeitet hat, in den Jahren bis 1858 zu einem Anlaufpunkt für Personen, die anderswo, nicht zuletzt in Preußen, wegen ihres 1848er Engagements zunächst keine Position gewinnen konnten.<sup>30</sup> Dies verweist auf die besondere Rationalität kleinstaatlicher Politik in Deutschland zwischen dem Ende des Alten Reiches und der Gründung des Kaiserreiches im allgemeinen und auf die Strategie Sachsen-Weimars im besonderen: Sie bildeten letztlich das entscheidende *Movens* auch für die Weimar-Jenaer Bemühungen um einen Mann wie Droysen. Spielräume als „Mindermächtiger“ nutzen hieß für Weimar seit 1806, sein kulturelles Kapital als Entfaltungsraum der „deutschen Klassik“ im Rahmen einer Politik einzusetzen, die das einmal erworbene Prestige des Kleinstaates dadurch zu sichern suchte, dass es kultureller oder politischer Avantgarde stets so viel mehr an Möglichkeiten einräumte wie opportun war, wenn der selbstmörderische Konflikt mit den Vormächten des Deutschen Bundes, mit Preußen und Österreich vermieden werden sollte.<sup>31</sup>

28 Zu Stichling vgl. Art. Gottfried Theodor Stichling, in: Allgemeine Deutsche Biographie (wie Anm. 27), 36. Bd. Leipzig 1893, S. 166–169. Stichlings Memoiren: Gottfried Theodor Stichling, Aus Drei und fünfzig Dienstjahren. Erinnerungen. Weimar 1891.

29 Brief von Moritz Seebeck an Bernhard von Watzdorf, Frankfurt am Main, 18. Juni 1850. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass B. v. Watzdorf Nr. 96, 30r–32r, hier 32r. Vgl. auch den Brief von Moritz Seebeck an Bernhard von Watzdorf, Berlin, 7. Oktober 1850. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass B. v. Watzdorf Nr. 96, 34r–37r, hier 35 v.

30 Vgl. Christian Jansen, *Einheit, Macht und Freiheit. Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik in der nachrevolutionären Epoche 1849–1867*. Düsseldorf 2000, S. 230–233.

31 Für eine frühere Periode ist dieses Moment untersucht durch Alexander Schmidt, *Prestige, Kultur und Außendarstellung. Überlegungen zur Politik Sachsen-Weimar-Eisenachs im Rheinbund (1806–1813)*, in: *Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte* 59/60, 2005/06, S. 153–192. Zur Universitätspolitik Goethes umfassend Gerhard Müller, *Vom Regieren zum Gestalten. Goethe und die Universität Jena*. Heidelberg 2006.



Grundlage der Jenaer Berufungspolitik in der Mitte des 19. Jahrhunderts waren aber nicht nur dieses politische Konzept und die entsprechenden politischen Verbindungen Seebecks. Seit seiner Zeit als Lehrer am Berliner Joachimsthalschen Gymnasium und als Mitarbeiter Johannes Schulzes im preußischen Kultusministerium, als Prinzenzieher in Meiningen und an der Universität Bonn hatte Seebeck vor allem im preußischen Bildungs- und Universitätswesen ein dichtes Netz von Vertrauensleuten geknüpft, das er, wie sein umfangreicher Briefwechsel zeigt, in dem für eine kleinere, unterfinanzierte Universität wie Jena schwierigen Berufungsgeschäft intensiv nutzte. Dies, wie auch seine weitausgreifenden Akquisitionsreisen machte Seebeck zu einer bekannten Gestalt in der deutschen „Universitätsszene“ der 1850er und 1860er Jahre und erschwerte seine Aufgabe bisweilen zusätzlich.<sup>32</sup> 1856 schrieb er an den Altenburger Staatsminister von Larisch:

„Nachdem ich die meisten deutschen Universitäten besucht habe, wäre es mir nur erwünscht, nun auch noch Erlangen aus eigener Anschauung näher kennen zu lernen. Aber incognito kann es nach meiner bisherigen Erfahrung nicht geschehen. [...] So war ich vorigen Sommer eben erst nach Marburg gekommen, als ich schon aufgesucht wurde, obschon ich weder im Mietshaus noch sonst meinen Namen genannt hatte, und bei Fortsetzung meiner Reise mußte ich davon schon unterwegs in den Zeitungen lesen.“<sup>33</sup>

Universitäre Autonomierechte, Weimarer Politikkonzeptionen und ihre individuelle Umsetzung und Prägung durch einen „bevollmächtigten Kurator“ beschreiben die institutionellen und personellen Voraussetzungen der Jenaer Universitätspolitik in der Mitte des 19. Jahrhunderts und damit auch das Umfeld der Berufung Droysens. Wie aber schlugen sich die politischen Prämissen Sachsen-Weimar-Eisenachs in den 1850er Jahren in der Universitäts- und besonders der Berufungspolitik konkret nieder?

## 2. DAS „FREIE“ JENA UM 1850

Bernhard von Watzdorf und Moritz Seebeck versuchten mit der Zustimmung des seit 1853 regierenden Großherzogs Carl Alexander<sup>34</sup> aber auch der Herzöge von Coburg-Gotha und Meiningen Ernst II.<sup>35</sup> und Georg II.<sup>36</sup> sowie ihrer Ministerien vor allem, dem aus den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts stammenden

32 Vgl. dazu Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 490 f.

33 Brief von Moritz Seebeck an Alfred von Larisch, 14. März 1856. ThHStA Altenburg, Geheimes Ministerium Nr. 1603 (unpaginiert).

34 Zu Carl Alexander vgl. Angelika Pöthe, Carl Alexander. Mäzen in Weimars „Silberner Zeit“. Köln/Weimar/Wien 1998; Lothar Ehrlich/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach. Erbe, Mäzen und Politiker. Köln/Weimar/Wien 2004.

35 Zu Ernst II. zusammenfassend die Biographie

36 Zu Georg II. die materialreiche Biographie Alfred Erck/Hannelore Schneider, Georg II. von Sachsen-Meiningen. Ein Leben zwischen ererbter Macht und künstlerischer Freiheit. Zella-Mehlis 1997.

den Ruf der Universität Jena als einer politisierten und unter relativ liberaler Verwaltung bzw. weitmaschiger Aufsicht stehenden Hochschule<sup>37</sup> unter den politischen Bedingungen der 1850er Jahre einen neuen Inhalt und neue Attraktivität zu geben. Es ist bei der Betrachtung dieser Versuche kaum möglich, zwischen dem gezielten Einsatz einer neu ausgedeuteten Jenaischen „Liberalität“ in der wachsenden Konkurrenz der deutschsprachigen Universitäten zu Beginn der „klassischen Phase“ der deutschen Universität<sup>38</sup> und den politischen Überzeugungen der maßgeblichen Akteure in Weimar und Jena zu unterscheiden. Beide Komponenten, die pragmatische und die „ideologische“, flossen in der Neuinterpretation der „freiheitlichen“ Tradition Jenas in der Mitte des 19. Jahrhunderts in einem kaum zu dissoziierenden Mischverhältnis zusammen. Für Protagonisten wie Seebeck und Watzdorf war sie beides: Konsequenz ihrer politischen und wissenschaftlichen Überzeugungen *und* wohlkalkulierte Herausstellung einer Hochschule, die mit einem zunehmenden Positionsverlust in dem sich mit dem beginnenden Berufungswandel abzeichnenden und schon in den 1860er Jahren verfestigenden System der deutschen Universitäten zu kämpfen hatte.<sup>39</sup> Die Auffassung, dass eine gemäßigte, die Extreme ausgeprägter Reaktionspolitik ebenso wie die Gefahren zu starker Toleranz gegenüber demokratisch-radikalen Positionen meidende Politik für Sachsen-Weimar das Gebot der Stunde war, verband sich für den Weimarer Staatsminister und den Jenaer Universitätskurator gewissermaßen „natürlich“ mit den Erfordernissen der universitären Personalpolitik. Als Moritz Seebeck im November 1851 dem Bremer Senatspräsidenten und Bürgermeister Johann Smidt – bis zu dessen Tod 1857 einer wichtigsten konservativen Gesprächspartner des Kurators<sup>40</sup> – die hoffnungslose Finanzlage der Jenaer Universität klagte und die Befürchtung äußerte, man werde in der Konkurrenz mit den besser dotierten Universitäten nicht mehr lange bestehen können, bekannte er offen, man müsse unter diesen Umständen vor allem auf den „liberalen“ Ruf Jenas setzen und „hoffen, daß immer tüchtige Leute sich finden, welche für die freie geistige Achtung, die ihnen hier mehr, wie anderwärts, vergönnt ist, auch eine bescheidene äußere Stellung gern mit in den Kauf nehmen.“ Das habe Jena bis jetzt noch immer bedeutsame Hochschullehrer zugeführt und, so Seebeck mit Blick auf die politische Lage des Jahres 1851 im Deutschen Bund, „die Uebelstände, unter denen ander-

37 Zum frühen 19. Jahrhundert ausführlich Klaus Ries, *Wort und Tat. Das politische Professorentum der Universität Jena im frühen 19. Jahrhundert*. Stuttgart 2007.

38 Zu dieser weitverbreiteten Periodisierung vgl. Peter Moraw, *Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte*, in: ders./Volker Press (Hrsg.), *Academia Gissensis. Beiträge zur älteren Gießener Universitätsgeschichte*. Marburg 1982, S. 1–43.

39 Zu dem durch reale Berufungschancen strukturierten System der deutschsprachigen Universitäten im 19. Jahrhundert vgl. Marita Baumgarten, *Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert*. Göttingen 1997.

40 Zum Verhältnis zwischen Seebeck und Johann Smidt vgl. Gerber, *Universitätsverwaltung* (wie Anm. 14), besonders 164 f. Zu Smidt und der Prägung der bremischen Politik im 19. Jahrhundert durch ihn vgl. Art. Johann Smidt, in: *Allgemeine Deutsche Biographie* (wie Anm. 27). 34. Bd. Leipzig 1892, S. 488–494; Andreas Schulz, *Vormundschaft und Protektion. Eliten und Bürger in Bremen 1750–1880*. München 2002.

wärts viel geseufzt wird, geben uns die Aussicht, daß jetzt am wenigsten jener Vortheil, den wir hier zu bieten haben, in seinem Werth verkannt wird.“<sup>41</sup>

Die Wurzeln des nach der Revolution von 1848/49 erneut in staats- und universitätspolitischer Absicht aufgegriffenen Traditionsgeflechtes reichen weiter zurück, als es an dieser Stelle verfolgt werden kann.<sup>42</sup> Es knüpfte vor allem – liberale politische Stoßrichtung mit traditionellem Herrscher- und Dynastielob amalgamierend<sup>43</sup> – an einer aus den aufgeklärten Protestantismustheorien des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts orientierten Interpretation des reformatorischen Jena als Hort und Burg des religiösen Fortschritts an und zog von dort eine Kontinuitätslinie der „Geistesfreiheit“ bis ins 19. Jahrhundert. Zum 300. Jubiläum der Universität erreichte diese Selbstdeutung und Fremdwahrnehmung, gesteuert und forciert maßgeblich von Moritz Seebeck, einen Höhepunkt, der sich mit der in liberal-klein-deutschen Kreisen verbreiteten Euphorie über die eben angebrochene „Neue Ära“ in Preußen verband.<sup>44</sup> Diese stilisierten, wie z. B. Karl Biedermann 1858 zeitkritisch schrieb, den Geist, „der in und über Jena waltet“ „in dem trübe dahin flutenden Strome der rückwärts gekehrten Bewegung einer sich selbst und ihren Beruf vielfach mißverstehenden Zeit“ zu einem „der wenigen rettenden Haltepunkte“ der Gegenwart.<sup>45</sup> Und selbst der Demokrat Jakob Venedey feierte Jena 1858 in einer Pariser Zeitschrift als „liberale Universität, beschützt zu allen Zeiten von der Freiheit des Denkens“.<sup>46</sup> Die Ausdeutung dieser Traditionslinie im Sinne eines gemäßigt-konstitutionellen, klein-deutschen Liberalismus bildet den Kern des Jenaer universitätspolitischen „Projekts“ der 1850er Jahre, das die Universität an der Saale zu einem Schwerpunkt politischer Gelehrter dieser Richtung machen sollte. Damit sind zugleich die engen Grenzen, die eindeutig limitierte Semantik des Begriffs von „Liberalismus“ und „liberal“ umschrieben, wie ihn der weimarische Staatsminister, der Jenaer Universitätskurator und so viele zeitgenös-

41 Brief von Moritz Seebeck an Johann Smidt, 15. November 1851. Staatsarchiv Bremen, Nachlass Johann Smidt 7, 20–1442 Seebeck.

42 Vgl. dazu Gerber, *Universitätsverwaltung* (wie Anm. 14), S. 403–411. Zum Gesamtzusammenhang vgl. demnächst ausführlich Joachim Bauer, *Universitätsgeschichte und Mythos. Erinnerung, Selbstvergewisserung und Selbstverständnis Jenaer Akademiker in der Frühen Neuzeit*. Vgl. auch Joachim Bauer, *Salana im Selbstbild. Festschriften des 20. Jahrhunderts*, in: Herbert Gottwald/Matthias Steinbach (Hrsg.): *Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur Universität Jena im 20. Jahrhundert*, Jena 2000, S. 157–176.

43 Vgl. für Thüringen z. B. Stefan Gerber, *Monarch, Konstitution und Kommune. Monarchische Herrschaft und gesellschaftliche Partizipationsansprüche in den thüringischen Residenzstädten des 19. Jahrhunderts*, in: Konrad Scheurmann, Jördis Frank (Hrsg.), *Neu entdeckt. Thüringen Land der Residenzen 1485–1918. Katalog zur 2. Thüringer Landesausstellung 2004*, Bd. 3: *Essays*, Mainz 2004, S. 384–387.

44 Vgl. Gerber, *Universitätsverwaltung* (wie Anm. 14), S. 396–412.

45 Karl Biedermann, *Die Universität Jena nach ihrer Stellung und Bedeutung in der Geschichte des deutschen Geisteslebens von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart. Eine Festgabe zum 300jährigen Jubiläum dieser Universität, zugleich ein Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte*. Jena 1858, S. 3.

46 [Jacob Venedey], *Les fêtes d'Iena*, in: *Courrier littéraire et scientifique de la Revue germanique* 1858, S. 415–419, hier S. 417.

sische Publizisten aus dem Umfeld der ehemaligen Erbkaiserlichen Partei und der Gothaer Liberalen in Bezug auf die thüringische Universität immer wieder bemühten. „Liberale“ Universität bedeutete für Watzdorf und Seebeck – ganz anders als wohl Jakob Venedey es imaginierte – eine Universität, die, zugespitzt gesagt und mit einem anachronistischen Begriff bezeichnet, ein „Think-Tank“ des gemäßigten, konstitutionellen Liberalismus kleindeutscher Prägung in Deutschland werden sollte. Paradigmatisch legte Seebeck in einer fast das Zynische streifenden Offenheit diese Verbindung von universitärer Standortpolitik mit politischer Verortung und Begrenzung der Jenaischen Liberalität klar, wenn er, einen Tag nachdem Johann Gustav Droysen 1851 sein Lehramt in Jena angetreten hatte, an seinen Vertrauten Johann Smidt in Bremen schrieb:

„Gestern ist Droysen bei uns eingezogen. Ich freue mich, daß es mir gelungen ist, ihn für uns zu gewinnen, u. auch die Sache so rasch zum Abschluß zu bringen. Jetzt habe ich das Netz auf einen anderen u. nicht geringeren Fang ausgeworfen, u. hoffe auch damit zum Ziel zu kommen. Wer wenig Geld hat, muß mit guten Gelegenheiten kaufen, u. die schenkt uns das Ungeschick anderer Leute. Uebrigens hat der Name Jena immer noch manches Lockende. Das sehe ich aus manchen Anfragen, die von allen Himmelsstrichen her an mich kommen. Darunter sind freilich manche, an denen uns nichts gelegen, wie sie leicht glauben werden. Da lehnt man dann höflich ab; denn da sei Gott vor, daß wir Jena zum Πανδοχσιον machen.“<sup>47</sup>

Seebeck war unablässig bemüht, diese öffentliche Wahrnehmung Jenas zu unterstützen und zu verbreiten, d. h. die an der Universität Jena in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts tatsächlich gegebenen Spielräume in einer seinen Intentionen entsprechenden Weise darzustellen. Als Johann Smidt, der Ende des 18. Jahrhunderts selbst in Jena studiert hatte, sich gegenüber dem Freund Seebeck 1853 lobend über Jena im Vergleich zu den gegenwärtigen Zuständen in Berlin, Bonn, Göttingen, Heidelberg und Leipzig äußerte, antwortete der Kurator: „Es mag jetzt auf dem weiten Erdenrund wenig Orte geben, wo bei der engen u. regen Wechselbeziehung des mannigfachsten Strebens eine freie geistige Athmung in so völligem Maaße wie hier gewährt ist.“ Als ihn jüngst sein „alter Freund“ aus Bonn, der dortige Geschichtsprofessor Johann Wilhelm Loebell besucht habe, habe dieser „über die inneren Zustände Bonn’s u. der anderen preußischen Universitäten bittere Klage“ geführt. „Zum Schluß sagte er: ‚Ihr Jena ist wohl allein noch im alten Sinn eine echt deutsche Universität.‘ Eine Einschätzung, die Seebeck abschließend mit der lakonischen Bemerkung kommentierte: „Und ich glaube, daß er wohl Recht hat.“<sup>48</sup>

47 Brief von Moritz Seebeck an Johann Smidt, 8. Oktober 1851. Staatsarchiv Bremen, Nachlass Johann Smidt 7, 20–1442 Seebeck.

48 Brief von Moritz Seebeck an Johann Smidt, Jena, 7. Juli 1853. Staatsarchiv Bremen, Nachlass Johann Smidt 7, 20–1442 Seebeck.

### 3. DROYSEN IN JENA

Der erste Schritt zur Kontaktaufnahme mit Moritz Seebeck als Kurator der Jenaer Universität – und damit zum dritten Schritt, der den konkreten Droysenschen Berufungsvorgang als Element der skizzierten universitätspolitischen Strategie beschreibt – ging von Droysen selbst und der politischen Übereinstimmung Droysens und Seebecks 1850 aus, als Droysen, der sich als Beobachter der Beratungen des Unionsparlaments in Erfurt aufhielt, in der Endphase der Unionspolitik fieberhaft versuchte, publizistische und personelle Unterstützung für die preußische Politik zu gewinnen. Auch Seebeck, der sich seit den Desillusionierungen des Frühjahrs und Sommers 1849 stets äußerst skeptisch und vorsichtig gezeigt hatte, konnte und wollte sich als Vertreter aller thüringischen und anhaltischen Staaten im Verwaltungsrat bzw. Fürstenkollegium der Union bis zur letzten Minute nicht mit der Wendung der preußischen Politik abfinden, die mit der Veröffentlichung der Olmützer Punktation für jedermann offenbar wurde und reagierte schon auf die Bekanntgabe der Warschauer Vereinbarung Preußens mit Österreich vom 28. Oktober 1850 über die Nicht-Durchführung der Unionsverfassung mit einem wütenden, freilich politisch völlig bedeutungslosen Protest gegenüber dem preußischen Bevollmächtigten Karl Adolf von Bülow.<sup>49</sup> Noch am 28. November 1850 – einen Tag vor Olmütz – zeigte sich Seebeck ganz ergriffen von der patriotischen Kriegsstimmung in Preußen und war bereit, gegen Österreich zu marschieren, um, wie er an Hermann Brandis schrieb, „den Kern des deutschen Wesens gegen das zu schirmen, was ihm fremd und feindlich gesinnt ist“.<sup>50</sup> Droysen teilte diese Gefühle und konnte sich, zumal im Blick auf die Schleswig-Holstein-Frage, nur schwer mit der preußischen Politik abfinden; „Die Erbärmlichkeiten Preußens“, so schrieb er im August 1850, „sind unser Untergang sowie der Deutschlands.“<sup>51</sup> Das Jahr 1851 stand für Droysen in Kiel wie für Seebeck, der es abgelehnt hatte für seine Regierungen an der in seiner Perspektive sinnlosen Dresdner Konferenz teilzunehmen<sup>52</sup>, im Zeichen der persönlichen und politischen Sammlung. Im Sommer lud Droysen politische Freunde zur Teilnahme an einer Zeitschrift ein; auch den inzwischen – seit April 1851 – in Jena als Universitätskurator installierten Seebeck. Er begleitete seine Einladung mit einem für beider politische Zeitsicht bezeichnenden Brief an Seebeck, der konstatierte, man sei „in allen Dingen [...] so gedemütigt und entzwei, daß es von Wert ist, den einzigen deutschen Stolz, den es noch gibt, desto fester zu erfassen.“ Womit er bezeichnenderweise die deutsche Wissenschaft meinte.

49 Vgl. dazu Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 179–199, hier besonders S. 193.

50 Brief von Moritz Seebeck an Hermann Brandis, Berlin 19. November 1850, in: Paul Wentzcke, Thüringische Einigungsbestrebungen im Jahre 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung. Mit einem Anhang: Politische Briefe Moritz Seebecks aus Frankfurt und Berlin 1848–1851. Jena 1917, S. 312 f., hier S. 312 f.

51 Brief von Johann Gustav Droysen an Daniel Friedländer, Kiel, 18. August 1850, in: Droysen Briefwechsel I (wie Anm. 26), S. 661 f., hier S. 661.

52 Vgl. Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 196 f.

„Und die Fürsten an dem geistigen Reich deutscher Nation sind noch nicht soweit, nach Warschau und Olmütz trollen zu müssen, noch brauchen sie wie die Zeitungs-Junker rückläufig sich zu Formeln verkriechen [...] Wie 1521 noch in der deutschen Politik möglich war<sup>53</sup> so möge es uns wenigstens in der deutschen Wissenschaft noch gelingen, ein ‚Kaiserlicher Majestät Reichsregiment‘ zu erneuen.“<sup>54</sup>

Politische Professoren gemäßigt-liberaler Prägung als eine geistige Regierung des im Realpolitischen stagnierenden Deutschland – mit dieser Vorstellung Droysens war für den mit Watzdorf an einer Neukonzeption der Jenaer Universitätspolitik zimmernden Seebeck die entscheidende Geschäftsgrundlage gegeben, sollte und konnte doch ein Teil dieses „Reichsregiments“ an der Saale angesiedelt werden. Postwendend fragte er, ohne dass Fakultät und Senat sich schon in irgendeiner Weise zur Wiederbesetzung des durch die Berufung Adolf Schaumanns zum Direktor des Hannoverschen Staatsarchivs vakant gewordenen Lehrstuhls der Geschichte und Politik in Jena geäußert hatten, ob der „verehrteste Freund“ Droysen diesen übernehmen wolle.<sup>55</sup> Es war bezeichnend für die Verfassungswirklichkeit der Jenaer Universität, dass Seebeck versicherte, die Zustimmung von Universität und Regierungen würde bei einer Zusage Droysens leicht zu gewinnen sein.<sup>56</sup> Nach einer ersten, vorsichtigen Zustimmung Droysens, die zugleich das entschieden kritisch auf die deutsche Gegenwart des Jahres 1851 bezogene seiner Art betonte, Geschichte aufzufassen und zu lehren<sup>57</sup>, antwortete Seebeck mit den vertrauten Argumenten Jenaer Selbstdarstellung:

„[Die] Irenarchie, die von Regierungsseite besteht, hat von je an Jena eine freiere Bewegung gestattet, und die Dürftigkeit des akademischen Fonds hat wieder andererseits seit dem ersten Bestehen der Universität die Notwendigkeit gebracht, daß jeder an seiner Stelle um so mehr durch geistige Regsamkeit das Fehlende zu ersetzen hat.“<sup>58</sup>

Mit letzterem war ein entscheidendes Problem benannt, denn Seebeck war nach intensiven Bemühungen bei den Regierungen der Universitätsnutritoren nur in der Lage, Droysen 1000 Taler Jahresgehalt und eine Umzugshilfe von 200 Talern anzubieten – ein Drittel dessen, was dieser pro Jahr in Kiel bezog.<sup>59</sup> Es spricht für Droysens Willen zum Wechsel nach Thüringen, dass er sich – natürlich auch im Blick auf das wegen der Steuerfreiheit billigere Leben in Jena – mit dieser Einkommensverringerung schnell einverstanden erklärte und auch 1856 gegen eine

53 Hier nimmt Droysen Bezug auf die Errichtung des Reichsregiments zur Vertretung des Kaisers in Nürnberg in diesem Jahr.

54 Brief von Johann Gustav Droysen an Moritz Seebeck, Kiel, 12. Juni 1851, in: Droysen Briefwechsel I (wie Anm. 26), S. 749.

55 Vgl. Brief von Moritz Seebeck an Johann Gustav Droysen, Jena, 21. Juli 1851, in: Droysen Briefwechsel I (wie Anm. 26), S. 760–762.

56 Vgl. ebd., S. 761.

57 Brief von Johann Gustav Droysen an Moritz Seebeck, Kiel, 25. Juli 1851, in: ebd., S. 762 f.

58 Brief von Moritz Seebeck an Johann Gustav Droysen, Jena, 4. August 1851, in: ebd., S. 763 f., hier S. 764.

59 Vgl. ebd.

Gehaltserhöhung von 200 Talern einen Ruf aus Tübingen ablehnte.<sup>60</sup> Im Schnellverfahren setzte die Fakultät Droysen auf Platz 1 einer Berufungsliste; Seebeck unterstrich das außerordentliche Interesse des Staates an dieser Berufung dadurch, dass er, wie er Watzdorf in Weimar berichtete, bei der entsprechenden Sitzung von seinem sonst nur sehr selten ausgeübten Recht Gebrauch machte, den Beratungen von Fakultät und Senat mit beratender Stimme beizuwohnen.<sup>61</sup>

Moritz Seebeck stellte, unter Zustimmung Droysens, von Beginn an zwei Punkte in den Mittelpunkt: Zum einen, dass eine politische Vertretung des Fachs der Geschichte in Jena nicht nur erwünscht, sondern gefordert sei und zum anderen, dass Droysen seine Berufung als Teil eines weiterreichenden Konzepts zu betrachten habe, in dem ihm, einmal in Jena installiert, eine Schlüsselrolle zukommen sollte. Sowohl in seinem ersten Werbebrief an Droysen vom Juli 1851, als auch in dem Denominationsbericht, den Seebeck Ende August 1851 an die Regierungen der Erhalterstaaten richtete, nahm er auf Heinrich Luden Bezug und betonte, seit Ludens Tod vier Jahre zuvor sei „in der hiesigen akademischen Jugend das Interesse für historische Studien, das früher sehr rege gewesen, fast völlig erloschen.“ Es ging, so die Botschaft um einen Gelehrten, der dort anknüpfte, wo der politische Professor Luden nicht erst 1847, sondern eigentlich schon zu Beginn der 1830er Jahre aufgehört hatte.<sup>62</sup> Droysen unterstützte diese politische Aufgabe der Universität im allgemeinen und der Universität Jena im besonderen als Teil des gegenüber Seebeck entworfenen geistigen „Reichsregiments“ deziert.

„Überall“, so schrieb er 1853, „möchte ich, daß die Universität in den sie angehenden Bereichen des politischen Wesens aktiver wäre. Sie könnte viel wirken, aber sie ist ein fürchterlicher Weichselzopf von kleinen Interessen und großen Schwächen, von Aufgeblasenheiten und Misèren, ein rechter Fokus aller möglichen deutschen Kläglichkeit, die nicht einmal die Energie des Widerstandes besitzt, um ordentlichen Zorn möglich zu machen.“<sup>63</sup>

Eine solche Auffassung von politischer Wissenschaft traf auch im Jena des Jahres 1851 nicht überall auf Zustimmung. Neben den Unterstützern Seebecks im Senat – unter anderen der Philologe Karl Wilhelm Götting und der Theologe Karl Hase, die einen politischen Gelehrten vom Zuschnitt Droysens zumindest mitzutragen bereit waren – gab es Unbehagen und, zum Mindesten, den Vorwurf der Unseriosität politischer Wissenschaft. Der bereits zitierte Orientalist Stickel bemerkt schon nach einer Abendgesellschaft bei Götting am 17. Oktober 1851, die er gemeinsam mit dem in Jena weilenden Bonner Altertumswissenschaftler Friedrich Gottlieb Welcker, dem Bruder des bekannten badischen Liberalen besucht hatte, mit leiser Missbilligung und Ironie: „Droysen war der Held des Abends; ein

60 Vgl. zu diesem Vorgang Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 447 f.

61 Brief von Moritz Seebeck an Bernhard von Watzdorf, Jena, 22. August 1851. Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Nachlass B. v. Watzdorf Nr. 108, 7r–8v, hier 8v.

62 Bericht von Moritz Seebeck an die Ministerien der Erhalterstaaten, Jena, 28. August 1851. Thüringisches Staatsarchiv Altenburg, Geheimes Ministerium Nr. 1704, 6r–11r, hier 6r.

63 Brief von Johann Gustav Droysen an Karl Francke, Jena, 18. März 1853, in: Droysen Briefwechsel II (wie Anm. 9), S. 154.

in die neuesten Salongeheimnisse eingeweihter Herr von ausgebreiteter Personenkenntnis, dem die Teilnahme am Frankfurter Parlament bestens genützt hat.“<sup>64</sup> Im August nächsten Jahres vermerkte Stickel wissenschaftliche Unterschiede zwischen seiner Auffassung der orientalischen Vergangenheit und Droysens Zugriff auf die Geschichte: „Wir sind beide sehr verschieden, er geht ins Große, Ganze, ich gehe ins Einzelne, liebe beim Detail zu beharren, er sucht große Gesichtspunkte, ich Durchdringung des Besonderen.“<sup>65</sup> Bei Droysens Weggang sieben Jahre später dann nur noch eine wegwerfende Notiz zu diesem politischen Professor: „Droysen geht nun fort von uns. So habe ich doch schon manchen Schein-glänzenden, Vielbewunderten und Intriganten überhin gehen sehen. Talent, Berechnung, Schmeicheln der Menge, Einbildung sind sein Charakter.“<sup>66</sup>

Trotz solcher Skepsis innerhalb der Universität und trotz des unübersehbaren Gefühls einer Isolierung, von dem die eingangs zitierten Briefäußerungen zeugen, war Droysen schnell bereit, sich in die universitätspolitische Strategie Watzdorfs und Seebecks – die zweite benannte Erwartung bei der Berufung nach Jena – einbinden zu lassen. Die Erfolge dieser Strategie in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, so z. B. die Berufung des Philosophen Kuno Fischer, dem in Heidelberg die Lehrerlaubnis entzogen worden war<sup>67</sup> oder des in Kurhessen ob seiner Teilnahme am Rumpfparlament wegen Hochverrats angeklagten Nationalökonom und Statistikers Bruno Hildebrand schufen<sup>68</sup>, ergänzt um jüngere Wissenschaftler wie z. B. den Juristen Burkhard Wilhelm Leist<sup>69</sup> einen Kreis, der sich der Erweiterung Jenas zum gemäßigt-liberalen Gelehrtenzentrum verschrieb und von Gegnern wie Stickel als – so vermerkte es der Orientalist im Tagebuch – „Clique“ wahrgenommen wurde.<sup>70</sup> Nicht zuletzt sammelten sich diese Wissenschaftler auf der Führungsebene des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde, dessen erster Vorsitzender Kurator Seebeck wurde und der bei seiner Gründung 1852 programmatisch formulierte, er wolle „jetzt als Ersatz und Trost für eine unsäglich trübe und schmachvolle Gegenwart den Blick auf die

64 Tagebucheintragung von Johann Gustav Stickel, 17. November 1851. Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Abteilung Handschriften und Sondersammlungen, Nachlass Stickel 2, 7, 212v.

65 Tagebucheintragung von Johann Gustav Stickel, 1. August 1852. Ebd., 224r. Zur Wissenschafts- und Disziplingeschichte der Orientalistik in Jena und zur Entwicklung Stickels vgl. Stefan Heidemann, Zwischen Theologie und Philologie: Der Paradigmenwechsel in der Jenaer Orientalistik 1770 bis 1850, in: *Der Islam* 84, 2008, S. 140–184.

66 Tagebucheintragung von Johann Gustav Stickel, 8. August 1859. Ebd., 304r.

67 Vgl. Max Vollert, Die Berufung Kuno Fischers nach Jena, in: *Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde* 37, 1931, S. 144–163; Gerber, *Universitätsverwaltung* (wie Anm. 14), S. 512–518.

68 Vgl. ebd., S. 495–499.

69 Zu Leist vgl. Eyk Ueberschär, Die Entwicklung der bürgerlichen Rechtsperson und die Pandektenlehre des Burkard Wilhelm Leist (11.7.1819–31.12.1906). Diss. iur. Jena 1993.

70 Tagebucheintragung von Johann Gustav Stickel, 31. August 1877. Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Abteilung Handschriften und Sondersammlungen, Nachlass Stickel 2, 7, 425v.



Vergangenheit unseres Volkes wenden und in dem großen wenn auch nur theilweise glücklichen Ringen des deutschen Geistes nach Selbstbefreiung und Selbstbestimmung eine Bürgerschaft für eine bessere Zukunft finden.“<sup>71</sup> Neben Droysen, der zum ersten Vorstand gehörte, hatten auf der Führungsebene des Vereins noch der Jurist Andreas Ludwig Jacob Michelsen und der Nationalökonom Gustav Eduard Fischer der Casino-Fraktion der Frankfurter Nationalversammlung angehört; der Historiker Franz Xaver Wegele war ein ausgewiesener „Gothaer“.<sup>72</sup>

Als der Jurist Eduard Fein Ende 1851 einen Tübinger Ruf annahm, wurde Droysen selbst berufungspolitisch aktiv und nahm gemeinsam mit Seebeck eine Berufung seines ehemaligen Fraktionskollegen und Präsidenten der Paulskirche Eduard von Simson nach Jena in Aussicht, der sich Droysen gegenüber nicht uninteressiert an einem Jenaer Lehramt gezeigt hatte.<sup>73</sup>

Eduard Feins Abgang, vor dem Seebeck jeglichen Versuch unterlassen hatte, diesen in Jena zu halten, unterstreicht die Bemühungen des Kurators, eine gemäßigt-nationalliberale Prägung der Jenaer Professorenschaft in politisch relevanten Kernfächern wie der Geschichte oder der Rechtswissenschaft zu erreichen. Denn nicht vorrangig wissenschaftliche, sondern politische Gründe waren für die Entschlossenheit des Juristen zum Wechsel nach Württemberg ausschlaggebend. Der Linksliberale Fein hatte im Frühjahr 1848 gemeinsam mit seinem Fakultätskollegen und späteren demokratischen Paulskirchenabgeordneten Gottlieb Christian Schüler Widerstand gegen das sachsen-weimarisches Wahlgesetz für die Nationalversammlung organisiert, die direkte Volkswahl gefordert und Versuche weimarischer Beamter aufgedeckt, Wahlmänner in ihrer Entscheidung zu beeinflussen. Seebeck urteilte bei Feins Rufannahme 1851 gegenüber Watzdorf scharfsinnig, er glaube, Fein würde trotz des wesentlich höheren Tübinger Gehaltes, „hier nicht so ohne weiteres den Kahn vom Ufer gestoßen“ haben, „wenn er sich nicht beim Rückblick auf das Jahr 48 in seiner hiesigen Stellung etwas unbequem fühlte“. Zwar werde Fein von niemandem offen angefeindet und sei auch im Kollegenkreis geschätzt. „Aber ein völlig unbefangenes, vertrauensvolles und herzliches Verhältniß mag er darum doch wohl nach rechts wie nach links hin vermissen“.<sup>74</sup>

Als Seebeck mit seinen Angeboten an Simson erfolglos blieb, versuchte Droysen, eben in Jena angekommen, noch einmal, Simson zu gewinnen. Seine

71 So der Historiker und Germanist Heinrich Rückert bei der Gründung. Vgl. Bericht über die Stiftung des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde 1, 1854, S. 3–17, hier S. 8.

72 Zum Gesamtzusammenhang vgl. Stefan Gerber, Historisierung und Nationalisierung der Region. Gründungsmotive und Gründungskonstellationen des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde 1848/52, in: Matthias Werner (Hg.), Im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. 150 Jahre Landesgeschichtsforschung in Thüringen, Köln, Weimar, Wien 2005, S. 1–22.

73 Zu diesem Vorgang vgl. Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 479 f.

74 Brief von Moritz Seebeck an Bernhard von Watzdorf, Jena, 6. Dezember 1851. ThHStA Weimar, Nachlass B. v. Watzdorf Nr. 108, 13r–14v, hier 13v. Vgl. zu diesem Vorgang auch Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 456.

Argumentation zeigt, wie stark der Historiker ungeachtet seiner Klagen über die Kleinheit der Jenaer Verhältnisse von der Idee einer gemäßigt-liberalen Sammlung in Jena ergriffen war, wie sie auch seine eigene Berufung bestimmt hatte und wie weitgehend er sich bereit fand, sich den universitätspolitischen Strategien Seebecks und Watzdorfs zur Verfügung zu stellen. Sichtlich bereits an der Historisierung des eigenen Tuns in den Revolutionsjahren arbeitend, schrieb Droysen an Simson:

„Und ist die allgemeine Lage der Dinge nicht von der Art, daß man einen Punkt fester und *sicherer* Einwirkung ergreifen muß, zumal wenn man wie Sie ohne allen Egoismus und ohne alle Eitelkeit thätig ist? Bleibt uns überall noch eine Hoffnung für das Vaterland, so haben wir doppelt und zehnfach Grund das nachwachsende Geschlecht so stark als möglich zu erfassen und in die Jugend hinein die Hoffnungen und Gedanken zu pflanzen, die wir nicht zur Wirklichkeit reifen sehn sollten. Und kein Punkt deutscher Erde ist dazu mehr angethan als dieses Bethlehem unter den Universitäten. Es bedeutet etwas, daß man hier im Herzen des armen deutschen Vaterlandes ist.“<sup>75</sup>

Simson blieb 1851, wie 1859 auch der von Seebeck für die Droysen-Nachfolge favorisierte Ludwig Häusser, den der Kurator mit einer ganz ähnlichen Argumentation von den Wirkungsmöglichkeiten eines politischen Gelehrten in Jena zu überzeugen suchte<sup>76</sup>, dessenungeachtet bei seiner Ablehnung – die Grenzen der von Watzdorf und Seebeck für Jena projektierten Sammlung zeichneten sich, trotz des von Seebeck nun massiv ins Feld geführten Arguments der Jenaischen „Liberalität“ ab. An Häusser schrieb er:

„Wem es Bedürfnis ist, daß er vor Allem in dem unbeengten Recht, sich wahr aus seinem Innern zu bezeugen, nicht nur selbst sich frei fühle, sondern auch jeden Andern in der gleichen Freiheit neben sich sehe, der möge nach Jena kommen. Denn hier ist, was er sucht und anderwärts nicht eben häufig findet.“

Jenaer Geschichtswissenschaft sollte politische Wissenschaft sein. Nicht nur enge Fachausbildung sei ihre Aufgabe; Geschichte solle darüber hinaus

„überhaupt der gesamten studirenden Jugend zur Betrachtung der eigenen Zeitgeschichte orientierende Gesichtspunkte [...] geben, von denen aus das Wo und Woher in seinen tiefer liegenden und mit dem kundigen Auge ersichtlichen Zusammenhängen sich erkennen läßt“.

Wolle man Geschichte so betreiben, so dürfe wohl behauptet werden, dass kein Lehrstuhl der Geschichte an einem günstigeren Platz stehe, als der Jenaische.

„Denn schwerlich wird der Vortragende beim Behandeln der Zeitgeschichte durch Rücksichtnahme auf die staatlichen Verhältnisse, in denen er lebt, irgendwo weniger beengt sein, als in Jena.“<sup>77</sup>

75 Brief von Johann Gustav Droysen an Eduard Simson, Jena, 10. Juli 1852, in: Droysen Briefwechsel II (wie Anm. 9), S. 117 f., hier S. 118.

76 Zum Versuch der Berufung Ludwig Häussers vgl. Gerber, Universitätsverwaltung (wie Anm. 14), S. 509 f.

77 Brief von Moritz Seebeck an Ludwig Häusser, 30. Dezember 1859. Universitätsbibliothek Heidelberg, Heid. Hs. 3741.

Droysens Einbindung in die universitätspolitischen Strategien Sachsen-Weimar-Eisenachs löste sich bezeichnenderweise an einem Punkt, an dem es dem Historiker wie zehn Jahre zuvor – 1848 – erneut auf direkte politische Wirksamkeit, auf das Handeln, zumindest auf die Präsenz am Ort politischer Entscheidung ankam. Watzdorf und Seebeck wussten, dass sie dem, wie der Kurator an die Regierungen schrieb, „längst ersehnten und erstrebten Ruf“ Droysens in die preußische Hauptstadt Berlin, wo jetzt, wie Seebeck formulierte, „ein neues Leben sich rege“, nichts entgegenzusetzen hatten.<sup>78</sup> Dessen ungeachtet sah der Kurator Droysens neues Wirkungsfeld mit Skepsis; er meinte eine in seinen Augen verderbliche Tendenz des Historikers auszumachen, vom politischen Historiker zum historisierenden Politiker zu werden, die sich in Berlin verstärken, ja dort womöglich obzugen werde. „Nach dem was er mir mitgeteilt“, so Seebeck nun kühl an die Universitätserhalter, „scheint es da weniger auf sein Lehren, worin er doch sein vorzüglichstes leistet abgesehen zu sein, als auf sein Politisieren, worin er meines Bedünkens nicht stark ist und nach vorliegenden Erfahrungen nicht eben Glück hat.“<sup>79</sup>

In dieser, angesichts der zuvor starken Betonung der politischen Dimension von Droysens Wirken in Jena, merkwürdigen Einschätzung des Kurators ist schon jene Distanz spürbar, die Seebeck in den 1860er Jahren immer mehr von vielen Protagonisten seines ersten Amtsjahrzehnts, auch von Droysens, entfernte. So sehr Moritz Seebeck vom „deutschen Beruf“ Preußens überzeugt war, so wenig konnte er in der Folgezeit der Politik eines Bismarck folgen, die ihm nur als eine Kehrseite der Revolution erschien, die er 1848/49 durchlitten hatte und mit der, wie er schon 1851 angesichts des Napoleonischen Staatsstreichs in Frankreich geschrieben hatte, „der Legitimität, die doch allein der erste Grund aller Ordnung ist, die tiefste Wunde geschlagen“ schien.<sup>80</sup> Mit der Hinwendung eines Teils des Liberalismus, auch Droysens, zu Bismarck, kehrte der Jenaer Universitätskurator als ein Unzeitgemäßer auf seine konservativen Positionen der 1840er Jahre zurück. Was man jetzt erleben müsse, so Seebeck 1866, sei „die schon im Jahre 1848 befürchtete Folge der damaligen Revolution“.<sup>81</sup> Die Neuordnungen von 1866 erschienen ihm als eine „Vergewaltigung bestehenden Rechtes“<sup>82</sup> und trotz der Aussöhnung mit dem Kaiserreich war er bis zu seinem Tode 1884 doch stets von der Angst umgetrieben, dass, wie der Philosoph Kuno Fischer in seinen Erin-

78 Bericht von Moritz Seebeck an die Ministerien der Erhalterstaaten, 26. Juli 1859. Thüringisches Staatsarchiv Altenburg, Geheimes Ministerium Nr. 1704, 56r–57v, hier 56r.

79 Ebd., 57r.

80 Brief von Moritz Seebeck an Erbprinz Georg von Sachsen-Meiningen, Jena, 15. Dezember 1851. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Hausarchiv Nr. 1440, 16r–17v, hier 17r.

81 Brief von Moritz Seebeck an Herzog Bernhard II. Erich Freund von Sachsen-Meiningen, Jena, 24. Mai 1866. Thüringisches Staatsarchiv Meiningen, Geheimes Archiv XV LL 17 (unpaginiert).

82 Gustav Richter, Moritz Seebeck. Eine Gedächtnisrede gehalten in der Rose zu Jena am 3. März 1886. Mit Anmerkungen und urkundlichen Beilagen, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde 13, 1887, S. 1–90, hier S. 37.

nerungen an Moritz Seebeck nicht ohne Ironie schreibt, wer einmal dem „Dämon der Revolution“ nachgegeben habe, dadurch „die Schutzmauern der Ordnung so gelockert habe“, dass früher oder später „die Wilden durchbrechen“.<sup>83</sup>

Vor allem aber war Bernhard von Watzdorf und Moritz Seebeck 1859 bei Droysens Wechsel nach Berlin bewusst, dass mit neuer Bewegung sowohl in der inneren Politik als auch im deutschlandpolitischen Agieren Preußens, ihre kleinstaatliche Politikkonzeption für die 1850er Jahre ins Wanken geriet und in allen ihren Elementen einer Neuformulierung bedurfte. In einem Deutschland, in dem Preußen nicht allein „moralische Eroberungen“ machte, sondern nationalpolitisch handelte, schwand nicht nur der politische Spielraum des weimarischen Kleinstaats und der übrigen universitätserhaltenden Staaten jenseits der preußischen Option. In einem solchen Deutschland bedurfte es auch keiner Universität mehr, die politische Wissenschaftler im Zeichen eines gemäßigt-konstitutionellen, kleindeutschen Liberalismus außerhalb der Grenzen Preußens sammelte. Jenas universitätspolitische Strategie der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts, in der die Berufung Johann Gustav Droysens wohl ein Kernstück bildete, war an ihr Ende gelangt.

83 Kuno Fischer, *Erinnerungen an Moritz Seebeck, wirkl. Geheimerath und Curator der Universität Jena. Nebst einem Anhang: Goethe und Thomas Seebeck*. Heidelberg 1886, S. 105 f.